

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Kirchheim als Konzertort der neonazistischen Szene

Die **Kleine Anfrage 162** vom 17. Dezember 2009 hat folgenden Wortlaut:

Der kleine Ort Kirchheim zwischen Erfurt und Arnstadt dient der neonazistischen Szene immer wieder als Veranstaltungsort für rechte Konzerte. Am 12. Dezember 2009 fand dort ein Konzert der sogenannten NSHC (National Sozialistischer Hard- bzw. HateCore)-Szene statt. Die auftretenden Gruppen kamen vorwiegend aus Sachsen-Anhalt, es waren aber auch Thüringer Neonazi-Bands (vgl. www.thueringer-allgemeine.de vom 18. Dezember 2009; www.mobit.org) vor Ort.

Am kommenden Wochenende (19./20. Dezember 2009) soll es in Kirchheim ein Konzert sogenannter NSBM (Nationalsozialistischer Black Metal)-Gruppen geben.

Für die Zeit vom 27. bis 29. Dezember 2009 wird von der rechtsextremen Szene im Internet ein "Julfest" in der Region Erfurt angekündigt. Veranstaltungsort wird wieder Kirchheim sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung diese Aktivitäten in und rund um Kirchheim bekannt und wie ist ihre Einschätzung diesbezüglich?
2. Liegen der Landesregierung nähere Informationen zu den o.a. Aktivitäten in und rund um Kirchheim sowie zu den Veranstaltern vor? Wenn ja, welche?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Rechtmäßigkeit der in Kirchheim stattgefundenen neonazistischen Konzerte und sonstigen neonazistischen Aktivitäten in straf- bzw. versammlungsrechtlicher Hinsicht?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um diesen Aktivitäten Einhalt zu gebieten?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. Januar 2010 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Landesregierung sieht unter Verweis auf Artikel 67 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen davon ab, Anfragen insoweit öffentlich zu beantworten, als sie auf die Ausforschung des Kenntnisstands der Sicherheitsbehörden und insbesondere des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz gerichtet sind. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf solche Erkenntnisse, die offen verwertbar sind. Für weitergehende Auskünfte steht die Landesregierung gegebenenfalls der Parlamentarische Kontrollkommission zur Verfügung.

Zu 1.:

Sie sind bekannt. Die in der so genannten Erlebnisscheune durchgeführten Veranstaltungen hatten vorwiegend rechtsextremistische Bezüge.

Zu 2.:

Im Jahre 2009 wurden insgesamt 20 Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene bekannt. Dabei handelte es sich um Konzertveranstaltungen, um parteiinterne Veranstaltungen der NPD sowie andere Zusammenkünfte und Tagungen der rechtsextremistischen Szene, die teilweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Kirchheim stattfanden. Darüber hinaus wurde eine Versammlung unter freiem Himmel durchgeführt. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen Nr. 40 und 58 und die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 3.:

Es konnten keine erheblichen Verstöße gegen straf- oder versammlungsrechtliche Bestimmungen festgestellt werden.

Zu 4.:

Die Sicherheitsbehörden werden die Lage und Entwicklung weiter beobachten und den hohen behördlichen Druck auf die rechtsextremistische Szene aufrechterhalten. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Antwort zur Frage 6 der Kleinen Anfrage Nr. 101 aus dem Jahre 2009 und auf den "Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen" verwiesen.

Prof. Dr. Huber
Minister